

Eine solidarische Einwanderungsgesellschaft: soziale Offensive und gleiche Rechte für alle

Die Linke

NEUSS

Positionspapier: Integrationsrat Neuss 2025-30

Neuss ist eine vielfältige Stadt. Menschen mit Einwanderungsgeschichte leben, arbeiten und engagieren sich hier – oft schon in zweiter oder dritter Generation.

Migration ist Alltag, keine Ausnahme. Doch politische **Teilhabe**, soziale **Sicherheit** und gleiche **Chancen** sind noch immer ungleich verteilt. Wer in Neuss ohne deutschen Pass lebt, hat oft schlechtere Chancen auf Bildung, Arbeit, Wohnung und Mitsprache. Diskriminierung ist Realität: im Alltag, in Behörden, auf dem Wohnungsmarkt.

Dabei betrifft Diskriminierung nicht nur das Verhältnis zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten. Auch innerhalb migrantischer Communities gibt es mitunter Vorurteile oder Ausgrenzung und auch diesen Formen stellen wir uns entgegen. Rechte Gesinnung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit haben in Neuss keinen Platz, ganz gleich, von wem sie vertreten werden.

Trotz einzelner Fortschritte herrscht in vielen Bereichen noch immer das Integrationsparadigma vor. Der Stadtrat öffnet sich zwar gegenüber bestimmten Gruppen und Formen der Zuwanderung, aber bei geflüchteten Menschen und vulnerablen Gruppen überwiegen Ausgrenzung, restriktive Politik und symbolische Abwertung. Breite Zustimmung fand etwa die Einführung der Bezahlkarte. Besonders antimuslimische Stereotype prägen die Debatte. Rassismus beginnt bei der Sprache: Wenn öffentliche Institutionen mit Begriffen wie "Scharia-Polizei" oder pauschalen Vorwürfen diffamiert werden, schüttet das Öl ins Feuer rassistischer Ressentiments.

Gerade mehrfach marginalisierte Menschen wie Schwarze FLINTA* (Frauen, Lesben, Intergeschlechtliche, Nicht-binäre, Trans- und Agender-Personen) mit Kopftuch, jüdische queere Personen oder Geflüchtete mit Behinderung erleben häufig eine besondere Verwundbarkeit durch Mehrfachdiskriminierung. Diese Gruppen dürfen nicht durch Raster fallen – sie müssen mitgedacht, geschützt und aktiv unterstützt werden. Eine solidarische Einwanderungsgesellschaft erkennt diese Überschneidungen an und handelt entsprechend.

Wir sagen: Schluss damit. Wir brauchen eine klare Haltung und konkrete Maßnahmen für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft. Integration ist keine Bringschuld von Einzelnen – sie ist eine öffentliche und aktive Aufgabe. Ein gerechtes Neuss beginnt mit gleichen Rechten für alle, die hier leben. Rechte, Ressourcen und Anerkennung müssen gerecht verteilt sein.

DIE LINKE Neuss setzt sich im Integrationsausschuss konsequent für soziale Gerechtigkeit, gegen Rassismus und für die Stärkung migrantischer Perspektiven ein.

Wir stehen an der Seite derjenigen, die ausgegrenzt, entrechtet oder systematisch benachteiligt werden. Was wir fordern, ist machbar. Was fehlt, ist der politische Wille. Den bringen wir mit.

Unsere Forderungen:

1. Antirassismus braucht Struktur

- Wir fordern eine unabhängige kommunale Beschwerdestelle für Diskriminierung und Rassismus mit echten Befugnissen.
- Es braucht verpflichtende Schulungen zu institutionellem Rassismus für Verwaltung, Polizei, Schulen und Jobcenter.
- Rassistische Polizeigewalt, Behördenwillkür und strukturelle Ausgrenzung müssen benannt, aufgearbeitet und verhindert werden.
- Antimuslimische Diskurse und rassistische Stigmatisierungen müssen benannt, analysiert und unterbunden werden. Sprache schafft Realität.
- Keine Zusammenarbeit mit der AfD in Ausschüssen oder anderen kommunalen Gremien. Das Normalisieren von Menschenfeindlichkeit muss gestoppt werden.

2. Gleiche Rechte für alle: Kommunales Wahlrecht unabhängig vom Pass

- Wir setzen uns für das kommunale Wahlrecht für alle ein, die dauerhaft in Neuss leben.
- Politische Teilhabe darf nicht vom Aufenthaltsstatus abhängen.
- Wir wollen das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen für langfristig in Deutschland lebende Migrant:innen.

3. Soziale Offensive statt rassistischer Spaltung

- Integration ist keine Bringschuld einzelner, sondern eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft.
- Migrant:innen sind keine Belastung, sondern Teil dieser Stadt. Die Spaltung in "wir" und "die" lehnen wir ab.
- Wir unterstützen Bewegungen wie Seebrücke, Black Lives Matter und lokale antirassistische und antifaschistische Gruppen.

4. Migrant:innenquote in Stadtverwaltung und Beteiligungsgremien

- Repräsentation migrantischer Perspektiven muss strukturell verankert werden.
- Wir fordern eine Mindestquote für Verwaltung, Beteiligungsgremien und Personalentwicklung.
- Migrantische Stimmen müssen auch in Entscheidungsprozesse eingebunden sein.

5.Arbeitsrechte schützen: Ausbeutung beenden

- In Neuss arbeiten viele Migrant:innen unter prekären Bedingungen – z. B. in Logistik, Reinigung, Pflege.
- Wir fordern flächendeckende Kontrollen zur Einhaltung des Mindestlohns und des Arbeitsschutzes – unabhängig vom Aufenthaltsstatus.
- Menschen ohne Papiere brauchen Zugang zu arbeitsrechtlichem Schutz. Legalisierung statt Kettenduldung!

6.Bildung, Ausbildung, Anerkennung – für alle!

- Die Benachteiligung migrantischer Kinder im Neusser Bildungssystem muss aufhören: Es braucht mehr Sprachförderung, interkulturelle Pädagogik, multiprofessionelle Teams.
- Anerkennung ausländischer Abschlüsse beschleunigen – lokal beraten, vermitteln, begleiten.
- Qualifizierte Menschen sollen auch qualifiziert arbeiten können – unabhängig vom Herkunftsland.

7.Gesundheit darf kein Luxus sein

- Wir fordern anonymisierte Krankenversorgung für Menschen ohne Versicherung.
- Der Zugang zu medizinischer Versorgung in Neuss muss für alle Menschen gewährleistet sein – unabhängig vom Aufenthaltsstatus.
- Geflüchtete, Geduldete und Wohnungslose brauchen niedrigschwellige Gesundheitsangebote.

8.Wohnen ist ein Menschenrecht

- Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt beenden: aktives Monitoring, anonyme Bewerbungstools, klare Sanktionen.
- Raus aus Sammelunterkünften – dezentrale Unterbringung ist Pflicht, nicht Kür.
- Der kommunale Wohnungsbaumuss auch migrantische Bedarfe ernst nehmen, insbesondere für große Familien und ältere Migrant:innen.

9.Kultur ist Vielfalt: migrantische Stimmen stärken

- Wir fordern eine verlässliche Kulturförderung für migrantische Initiativen, Festivals und Projekte.
- Die Stadt Neuss braucht Räume für migrantisch geprägte Kunst, Musik, Literatur, Film und Essen.
- Kultur darf nicht als Integrationsinstrument missbraucht werden – sie ist Ausdruck von Selbstbestimmung und Teilhabe.

10.Integration finanzieren und Solidarität ermöglichen

- Wir fordern einen "Fonds für Willkommenskommunen" – auch Neuss soll davon profitieren können.
- Investitionen in öffentliche Infrastruktur, Schulen, Kitas und Soziale Arbeit müssen auch Integration fördern – nicht nur verwalten.
- Die Stadt Neuss soll sich dem Bündnis "Sichere Häfen" anschließen und Aufnahme über die Quote hinaus ermöglichen.
- Wir lehnen die Bezahlkarte ab – sie entmündigt, grenzt aus und erschwert das tägliche Leben. Geflüchtete in Neuss dürfen nicht zu Menschen zweiter Klasse gemacht werden. Statt Bezahlkarte fordern wir reguläre Geldleistungen auf Höhe der solidarischen Mindestsicherung wie für alle anderen auch.

11.Geflüchtete schützen und Menschenrechte verteidigen

- Geflüchtete Familien brauchen Sicherheit, Zusammenhalt und Zukunft, auch mit Geschwisternachzug.
- Keine Zusammenarbeit mit der AfD: Wir fordern, dass keine Partei – weder im Integrationsausschuss noch in anderen kommunalen Gremien – mit der gesichert rechtsextremen AfD kooperiert oder gemeinsame Anträge einbringt. Das Normalisieren von Menschenfeindlichkeit soll augenblicklich gestoppt werden!
- Keine bezahlten Abschiebepatenschaften oder Rückführungsprogramme auf kommunaler Ebene: Abschiebungen in Unsicherheit, Elend oder Krieg lehnen wir ab! Öffentliche Gelder sollen in Teilhabe und Schutz investiert werden, nicht in Abschottung und Abschiebung. Neuss darf sich nicht an Programmen beteiligen, die die Abschiebung Schutzsuchender aktiv fördern oder belohnen.

**Gute Politik
ist wählbar!**

Am 14.9. deine
Stimme für

Die Linke

NEUSS